

LINKS DER ACHSE



Grassau
SPD

Der ganze Wahnsinn...

Es ist der 24. Dezember. Auf meinem Weg nach Hause komme ich an einem Parkplatz in Grassau vorbei und schaue beiläufig auf die große Plakatwand. Und sehe genauer hin. „Volkspädagogen“ lese ich. Es wird ein Buch des Kopp-Verlags beworben. Jenes Verlags, der ein Magazin herausgibt, das voll ist von Verschwörungstheorien, verbalen Ausfällen gegenüber Flüchtlingen und dergleichen. Voll von Ausdrücken wie „Systemmedien“ oder „Lügenpresse“, „Alt-Parteien“ und voll von Anfeindungen gegen alle möglichen Minderheiten. Oh mein Gott, er ist angekommen bei uns, der Wahnsinn, die Angstmache.

Willkommen in der Welt der Verschwörungstheorien. Unfassbar, was für ein Unsinn behauptet wird, unfassbar, was manche Leute glauben. Ich bin einer von vielen Millionen Menschen, die diese Geschichten einfach nicht glauben wollen. Bin ich wohl selber Schuld, dass ich den Untergang nicht sehe, der uns bevorsteht.

Wer das Internet benutzt, wird tagtäglich mit solchen Ausgüssen konfrontiert. Es gibt kein Medium, welches besser geeignet ist, irgendeinen Irrsinn zu verbreiten. Und das wird zum Teil auf solche aggressive, würdelose, ja menschenverachtende Weise getan, dass es einem Angst und Bange werden kann.

Einer, der dieses Medium häufig und ausdauernd nutzt, ist Donald Trump. Der designierte US-Präsident hat sich zu so ziemlich allem „geäußert“. Meist war es beleidigend, oft aber

In dieser Ausgabe

Mutige Entscheidung: Schulsanierung.....	2
Impressum.....	3
Wunschbaum.....	3
Chance, den Gewerbepark neu zu gestalten.....	4
G 9, G 8, geh weida!.....	4
Baumarkt und Tankstelle.....	5
In Sicherheit?.....	6
Holzvergaser.....	7
G'wissenswurm.....	8
Die Gretchenfrage der AfD.....	9
Ceta und kein Ende.....	10
Ein Geschichte ohne Ende I.....	10
Arbeiten 4.0.....	12
Eine Geschichte ohne Ende II.....	12
Gewinnabschöpfung.....	13
Interview.....	14
Rätsel.....	15

stellte er Behauptungen auf, die schlicht falsch sind. Er leugnete den Klimawandel, er verunglimpfte Ausländer, Frauen, andere Staaten. Er versprach seinen Wählern viel, sehr viel. Steuersenkungen, oder dass er aufräumen werde mit der korrupten Elite des Landes.

Ende letzten Jahres wurden große Teile seines Kabinetts bekannt. Banker, Unternehmer, Generäle. Milliarden schwer. Wenn das mal kein Aufräumen ist, oder habe ich etwas falsch verstanden?

Stehen uns ähnliche Zeiten bevor? Aggressiver Wahlkampf, Beleidigungen, Diffamierungen. Ich befürchte ja.

Die Populisten waren im Jahr 2016 besonders laut. Lautstärke ist das Eine, aber wie schaut es mit dem Inhalt aus? Sie haben die Stimmung stetig angeheizt.

Schreckliche Anschläge, wie das Lastwagen-Attentat von Berlin, wurden benutzt, um populistische Forderungen heraus zu posaunen. Es wurde vor nichts Halt gemacht. Bayerische Spitzenpolitiker haben sich nicht geschämt, in eine Schweigeminute des Kabinetts für die Opfer des Anschlags hinein ihre politischen Forderungen zur Flüchtlingspolitik vorzutragen. Politische Selbstdarstellung ohne eine Spur von Anstand.

Die notorisch wiederholte Forderung nach einer Obergrenze – als ob es deshalb weniger kriminelle Attentäter gäbe. Als ob damit die Probleme gelöst würden.

Aber bis sie kommt, die Obergrenze, stellen wir noch mehr Polizisten an die Grenze bei Salzburg. Kostet ja nix. Ah doch, Steuergelder. Vermutlich sogar nicht wenig. Aber der Sinn dahinter? Ein paar Kilometer weiter ist die Grenze offen.

Immer wieder werden publikumswirksame Forderungen aufgestellt. Wie zum Beispiel die Forderung nach Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz über politische Grenzen hinweg. Das wurde längst im Bundeskabinett beschlossen. Lässt sich trotzdem öffentlichkeitswirksam fordern.

Und die AfD? Vor ein paar Jahren hätte diese Partei niemand ernst genommen. Deutschland geht es gut, nied-

rige Arbeitslosigkeit, gute Bildung, gute Gesundheitsversorgung. Aber viele fühlen sich abgehängt. Die AfD hat dies genutzt. Sie hat in Deutschland den Populismus professionalisiert. Sie schafft es perfekt, vorhandene Ängste zu schüren und für sich zu nutzen. Ohne ernsthafte Lösungen anzubieten. Die Angst vor der Flüchtlingswelle im Jahr 2015 hat diese Partei im wahrsten Sinne des Wortes „hochgespült“, hat ihr Zulauf verschafft in einem nicht erwarteten Maße. Angst essen Seele auf.

Als im Juni letzten Jahres die AfD mit ihrer Bundesvorsitzenden eine Veranstaltung abgehalten hat, haben viele Grassauerinnen und Grassauer dagegen demonstriert. Besonders der Jugendtreff hat sich stark engagiert und jungen Leute harrten lange vor dem Heftersaal aus oder waren im Saal, um zu widersprechen, um zu zeigen, dass es hier keine Mehrheit für die AfD gibt. Im Gegenteil. Unsere Gemeinde steht für Toleranz und ein offenes Miteinander, das wurde an diesem Abend deutlich.

Aber wir blicken auch nach vorne. In Grassau steht die Schulhaussanierung an, es gibt Pläne, den Gewerbepark umzugestalten, und vieles mehr. Veränderungen, die Investitionen in die Zukunft der Gemeinde, in die Bildung unserer Kinder, in den Erhalt von Arbeitsplätzen sind.

Daher freue ich mich auf viele weitere Spaziergänge durch unseren Ort. Hoffentlich ohne verstörende Plakate in Zukunft.

Mutige Entscheidung

Zukunftssicherung unserer Marktgemeinde

Noch nie stand der Marktgemeinderat vor einer Entscheidung, welche solche hohen Kosten verursachte, wie die Entscheidung zur Sanierung des Schulhauses und zum Bau einer Zweieinhalbfach-Turnhalle. Insgesamt 11,8 Millionen Euro Kosten sind veranschlagt.

Der Marktgemeinderat entschied sich einhellig für die Investition in die Zukunft der Gemeinde, eine Investition in eine zeitgemäße Ausbildung unserer Jugend. Die Gemeinde will die große finanzielle Last tragen, um die Schule energetisch zu sanieren, behindertengerecht auszubauen und auch weitere Klassenräume zu verwirklichen. Daneben sollte ein über 30 Jahre diskutierter Wunschtraum der Grassauer Sportler verwirklicht werden: eine neue den heutigen Bedürfnissen einer

wachsenden Gemeinde und eines wichtigen Schulstandorts angemessene Turnhalle. Zugleich ist die Aufstockung des nordöstlichen Altbauteiles für einen Probenraum der Marktkapelle vorgesehen.

Der behindertengerechte Umbau als Voraussetzung für eine gewünschte Inklusion umfasst den Einbau von Liften, Rampen und Stegen. Es liegt bereits eine Zuschusszusage vor, mit der 90 % der Kosten von 425.000 Euro abgedeckt werden.



Die Schaffung neuer Schulräume wurde nach den übereilten Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung zur Neu-Organisation der Schulen in Bayern notwendig. Nach Einführung der sechsklassigen Realschule zeigte sich einerseits ein großer Schülerverlust für die Hauptschulen. Andererseits ergab sich für manche kleinere Schulen in unserem



Planungszeichnung: Von links nach rechts: Neue Zweieinhalbfach-Turnhalle, umgestaltete jetzige Turnhalle, renovierte bestehende Gebäude

Tal eine deutliche Existenzbedrohung am Ort und Abwanderung der Schüler nach Grassau. Folge ist eine Zunahme der Klassen und damit auch ein höherer Raumbedarf.

Nach Prüfung der untersuchten Varianten kommt für den Marktgemeinderat ein Neubau des gesamten Schulkomplexes aus finanziellen Gründen nicht in Frage. Ein kompletter Neubau würde mehr als das Doppelte kosten und müsste weitgehend ohne Zuschüsse finanziert werden. Die vorgesehenen neuen Räumlichkeiten können sinnvoll nur in der Weise geschaffen werden, dass auf dem Gebäude der 1981 errichteten Turnhalle zwei weitere Stockwerke errichtet werden. In Anschluss an dieses Gebäude kann eine neue Zweieinhalbfach-Turnhalle platziert werden, wozu die Einfach-Turnhalle aus dem Jahr 1968 weichen muss. Dieser Beschluss wurde bei nur einer Gegenstimme vom Marktgemeinderat gefasst.

7,5 Millionen Kosten für die Gemeinde

Nach Abzug der staatlichen Zuschüsse verbleiben 7,5 Millionen Kosten bei der Marktgemeinde Grassau. Der Marktgemeinderat hat es sich bei der Entscheidung nicht leicht gemacht und sich nach vielen Sitzungen und dazu Besichtigungen des Schulgebäudes sowie von mehreren neuen Turnhallen in der Umgebung für diese große Lösung entschieden.

Es handelt sich um eine bauliche Maßnahme, welche sich über mehrere Jahre erstrecken muss, damit der Schulbetrieb ohne große Probleme weiter laufen kann. Zwar werden die finanziellen Aufwendungen den gemeindlichen Haushalt über mehrere Jahre belasten, aber das Ergebnis wird eine Schule sein, welche alle Anforderungen für die Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinde auch für die Zukunft erfüllen wird.

Dies ist mit Sicherheit eine Investition, welche sich für die ganze Gemeinde und auch das Achantal lohnen wird.

Wunschbaum

Was haben Sie sich vom Christkind gewünscht? Wissen Sie, was sich Ihre Mitmenschen wünschen? Wissen wir eigentlich, wie es unseren Mitmenschen überhaupt geht? Auf die letzten beiden Fragen gibt der Wunschbaum der Familienstelle Grassau jedes Jahr Antworten. Er steht im Rathaus-Foyer. Letzte Weihnachten hatte er 240 Wünsche getragen.

240 Wünsche von Kindern und bedürftigen Erwachsenen. Allen gemeinsam ist: Groß sind sie nicht, die Wünsche. Trotzdem waren sie unerfüllbar für die Wünschenden.

Wie groß, wie klein können Wünsche sein? Da wünscht sich eine Frau einen Kinogutschein, ein Herr eine Hautlotion, ein Kind „etwas von Lego“. In ihrer Bescheidenheit sind diese Wünsche anrührend, und sie zeigen zweierlei: Wie groß die unsichtbare Not auch in einer florierenden Gemeinde wie Grassau ist. Und wie groß das Mitgefühl der Mitmenschen: Bis Weihnachten sind nach und nach alle Wunschzettel vom Wunschbaum verschwunden.

Ich habe nur einen Wunsch: Dass es diesen wunderbaren Wunschbaum irgendwann einmal gar nicht mehr braucht.

Impressum

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Julian Denk
Olaf Gruß
Dieter Hahn
Stefan Kattari
Werner Wiedemann

V.i.S.d.P.

Julian Denk
Bahnhofstraße 14
83224 Grassau

G 9, G 8, geh weida!

Wieder gibt es eine neue Reform am Bildungsmarkt. Gerade noch wurde über den Anfang der Schullaufbahn diskutiert (sollen die Kinder überhaupt Schreibrschrift lernen oder doch lieber nur in Druckbuchstaben schreiben?), so ist jetzt wieder das Ende der Schulzeit im Gymnasium im Blick. Nach 12 Jahren? Nach 13 Jahren?

Das Kultusministerium verkündete vor kurzem, das könne nun jedes Gymnasium selbst entscheiden. Ganz wie beim Metzger: „Darfs ein bißchen mehr sein?“

Es ist aber, wie so Vieles aus dem Haus am Salvatorplatz in München, eine Mogelpackung für die Eltern. Denn gleichzeitig verkündet das Ministerium, es werde keine neuen Lehrpläne geben. Unsere Kinder sollen auch nach sechs Jahren Gymnasium die Mittlere Reife erhalten. Wenn man jetzt zusammenrechnet, dann werden die Kinder also bis zur 10. Klasse nach dem selben Lehrplan unterrichtet, einzig der Stoff wird anders verteilt. Die Oberstufe soll ebenfalls weitgehend gleich bleiben, weiterhin zwei Jahre umfassen. Für die Eltern heißt dies

im Endeffekt nur, dass unsere Kinder in der neuen alten G9-Schulform dann eine elfte Klasse besuchen, in der sie Zeit haben, über den Sinn dieser Neuerung nachzudenken, bevor es in der zwölften wie gewohnt weitergeht.

Hoffentlich ist wenigstens die Schultüte am Anfang der Schullaufbahn keine solche Mogelpackung.

Von der Chance, den Gewerbepark neu zu gestalten

Von den goldenen Zeiten der Körting-Werke in Grassau ist wenig Greifbares geblieben, außer den Erinnerungen der mehreren Tausend Beschäftigten, dem Namen der Körtingstraße – und dem heutigen Gewerbepark. Wobei „Park“, das sei gleich zu Anfang klar gestellt, eine arg beschönigende Bezeichnung ist. Weitläufig ist das Gelände ja, aber flanieren würden Sie dort nicht wollen. „Gewerbe“ hingegen trifft zu, zahlreiche Betriebe haben dort ihren Standort gefunden in den Jahrzehnten seit dem Ende der Körting.



Das Gelände des Gewerbeparks, von der Schnappenkapelle aus gesehen.

Die alten Hallen wurden über die Jahrzehnte immer älter. Während man sie zu Beginn hinnahm, stören sie mehr und mehr das Landschaftsbild und ihre Klimabilanz ist heutzutage schlicht untragbar. Trotzdem sind bislang alle Versuche gescheitert, den Gewerbepark zu modernisieren und attraktiv zu gestalten. Die vorherige Eigentümerin hat jeden Anlauf ins Leere laufen lassen, mit ihren Preisvorstellungen. Dass im vergangenen Jahr Investoren aus dem Landkreis Rosenheim das Gelände gekauft haben, war für die Ortsentwicklung überfällig. Deren Arbeit wird deshalb mit besonders großem Interesse begleitet.

Wie fast immer in solchen Fällen gehen die Interessen auseinander. Der Markt Grassau hat Interesse daran, dass dort ein modernes Gewerbegebiet mit bezahlbaren Möglichkeiten für Gewerbe der unterschiedlichsten Größen entsteht. Gleichzeitig besteht die Chance, die hässliche Gewerbebrache aus dem Landschaftsbild zu tilgen. Die Investoren sehen dagegen vor allem die Gewinnmöglichkeiten für sich, ansonsten hätten sie nicht investiert. Ihre ersten Planungen sehen deshalb einen erheblichen Anteil Wohnbebauung anstelle der jetzigen Gewerbeflächen vor. Übereinstimmend und deutlich haben die Marktgemeinderätinnen und Marktgemeinderäte übrigens dieses Verhältnis kritisiert.

Es ist ein Lehrstück der Kommunalpolitik, das wir im Moment verfolgen können. Der Markt Grassau könnte noch so sehr Vorgaben machen, was auf dem Gelände geschehen soll. Allein, es wird nichts dergleichen umgesetzt werden, wenn die Grundstückseigentümer dies nicht umzusetzen bereit sind. Umgekehrt können die Investoren noch so sehr ihre Grundstücke mit Wohnbebauung zu versilbern suchen. Allein, es wird nicht dazu kommen, wenn der Marktgemeinderat der Planung seine Zustimmung versagt.

Dass aber wieder nichts passiert, wäre die schlechteste aller Lösungen.

Kompromisse werden also notwendig sein, und diese bergen gute Lösungen für Grassau. So wurde von den SPD-Gemeinderäten gefordert, Sozialbauwohnungen in die Wohnbebauung zu integrieren. Weiter war der Marktgemeinderat der Meinung, dass möglichst große Flächenanteile als Gewerbegebiet oder Mischgebiet auszuweisen werden sollten, damit attraktive Arbeitsplätze vor Ort bleiben oder neu geschaffen werden können. Nicht zuletzt geht es auch darum, Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen, zusätzliche Kaufkraft nach Grassau zu bringen und durch die Vermeidung von unnötigen Fahrten das Klima zu schonen. So könnte am Ende der „Gewerbepark“ tatsächlich seinem Namen gerecht werden: Gewerbe und Park.

Baumarkt und Tankstelle

Im vergangenen Herbst haben zwei geplante Projekte zunächst den Marktgemeinderat und anschließend Teile der Bevölkerung beschäftigt. So wurde die Errichtung einer Tankstelle und eines Baumarkts im Gewerbegebiet im Osten von Grassau beantragt. Mit seinem Beschluss vom Oktober hat der Marktgemeinderat die Möglichkeit dafür geschaffen. Ende 2016 war aber noch nicht klar, ob der Landesentwicklungsplan einen Baumarkt in einem Grundzentrum wie Grassau überhaupt zulässt. Bei Redaktionsschluss stand eine Prüfung durch die zuständige Regierung von Oberbayern noch aus.

Bei allen Befürchtungen einiger ortsansässiger Geschäftsleute vor einem Umsatzrückgang, die es ernst zu nehmen gilt, sprechen aus Sicht der SPD-Fraktion auch deutliche Gründe für die Ansiedlung des Baumarkts. So ist zu erwarten, dass zusätzliche Kaufkraft nach Grassau gezogen wird, von der alle Gewerbetreibenden profitieren können. Derzeit kaufen bereits viele Bürger von Grassau, Rottau und Mientkam in Baumärkten ein. Sie fahren dazu aber nach Prien, Erbstätt oder Traunstein und etliche werden damit auch andere Einkäufe verbinden. Dieser Abfluss der Kaufkraft würde mit Sicherheit geringer werden, und ganz nebenbei auch viele Fahrkilometer gespart. Für die einheimische Bevölkerung würde ein Baumarkt in Grassau eine deutliche Angebotsverbesserung bedeuten.



Das Baumärkte zeitgemäß sind, ist offenkundig. Sind es Tankstellen auch? Die Errichtung einer Tankstelle läuft der dringend notwendigen Reduktion der Treibhausgase offensichtlich zuwider. Allein, wir Bürgerinnen und Bürger sind diejenigen, die derzeit dorthin zum Tanken fahren. Insofern ist eine neue Tankstelle an einem Standort, wo es übrigens bereits jahrzehntelang eine Tankstelle gegeben hat, ein ziemlich objektiver Spiegel unseres täglichen Konsumverhaltens. Und der Betreiber hat sicherlich kalkuliert, warum er trotz starker Konkurrenz ebenfalls ins Rennen gehen möchte.

Soll der Markt Grassau nun Tankstelle und Baumarkt verhindern? Er bräuchte gute Gründe, um dies zu tun. Die Verweigerung der Zustimmung ist auch eine massive Einschränkung von Freiheiten. Ohne stichhaltige Gründe ist dies Willkür, und andernorts wird auch kein Café, kein Bekleidungs-, kein Schreibwarengeschäft willkürlich verhindert.

Soll der Markt Grassau nun Tankstelle und Baumarkt verhindern? Er bräuchte gute Gründe, um dies zu tun. Die Verweigerung der Zustimmung ist auch eine massive Einschränkung von Freiheiten. Ohne stichhaltige Gründe ist dies Willkür, und andernorts wird auch kein Café, kein Bekleidungs-, kein Schreibwarengeschäft willkürlich verhindert.

Letztlich liegt es doch an uns Bürgerinnen und Bürgern. Es ist zu kurz gegriffen, im Baumarkt oder in der Tankstelle selbst den Fehler zu sehen. Jede Bürgerin, jeder Bürger hat es in der Hand, wo sie oder er einkauft.

Wer Klimaschutz betreiben möchte, erreicht dies nicht durch die Verhinderung von Tankstellen. Und wer die örtlichen Geschäfte stärken möchte, erreicht dies auch nicht durch willkürliche Einschränkungen.

In Sicherheit?

Sie stehen vor der Tourist-Information und schauen oder sprechen in ihre Handys. Sie sind unterwegs zum Sportplatz, wo sie miteinander Fußball spielen. Manchmal sieht man sie mit ihren Kindern durchs Dorf laufen. Ein paar hocken auf dem Vorplatz der Schule und kratzen Unkraut zwischen den Platten heraus. Einer hilft in einem Laden, andere in der Gastronomie.

Wer sind sie?

Vorletztes Jahr sind ca. 900.000 Flüchtlinge aus Krisengebieten wie Syrien, Irak, Afghanistan, Westafrika, ... zu uns nach Deutschland gekommen, rund 130.000 allein nach Bayern. In der Flüchtlingsunterkunft in Grassau leben etwa 160, das entspricht 2,4% der Grassauer Bevölkerung. Sie sind vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dort einquartiert worden. Sie alle haben um Asyl ersucht. Ein Asylverfahren dauert lange, oft jahrelang.

Fast ausnahmslos haben sie hohe Schulden durch Zahlungen an Schlepper, Geld, das sie sich bei ihren Familien oder Freunden leihen mussten. Oft besteht auch die Erwartung der Familien, Unterstützung von den Flüchtlingen zu bekommen. Die meisten tragen große Belastungen mit sich herum: Belastungen aus den Erlebnissen in den Kriegsgebieten, die Familien zerstreut oder „weg geschossen“, Berufsverlust, alle sozialen Bindungen weg. In der Gemeinschaftsunterkunft sitzt man eng aufeinander. Die Zukunft ist ungewiss.

Prinzipiell darf jeder Flüchtling, der länger als 3 Monate in Deutschland ist, arbeiten. Das muss aber in jedem Einzelfall vom Ausländeramt genehmigt werden. Der Arbeitgeber muss nachweisen, dass kein EU-Bürger diese Arbeit übernehmen kann (oder besser: will). Kommen sie aus einem „sicheren Herkunftsland“, geht die Behörde bei der Erteilung einer Genehmigung eher restriktiv vor. Die Vermittlung ist schwierig. Hilfsjobs gibt es kaum und alle Arbeiten setzen Deutschkenntnisse voraus.

Daneben gibt es die Möglichkeit einer gemeinnützigen Tätigkeit. Die Gemeindeverwaltung kann diese bei der Ausländerbehörde beantragen. Bis zu 20 Stunden pro Woche, bis zu vier Stunden pro Tag, bis zu drei Wochen. Beahlt wird ein Euro und fünf Cent pro Stunde. Aber: Viele Flüchtlinge empfinden es besser, als rumzusitzen.

Unter ihnen gibt es etwa 40 Kinder, 14 besuchen die Grundschule, 16 die Mittelschule, die restlichen gehen in den Kindergarten.

Wer also sind sie?

Sie bedrohen unsere Sicherheit – will man den Äußerungen prominenter CSU-Größen Glauben schenken. Bilder vom Lastkraftwagen, der in den Weihnachtsmarkt rast, oder die Erinnerung an die ermordete Studentin in Freiburg scheinen diese Pauschalaussage zu bestätigen. Die aktuelle Diskussion über die vielen Fremden, die zu uns gekommen sind, lässt uns jede dieser Meldungen als Beweis für die „große Kriminalität der Ausländer“ erscheinen,

von der so oft die Rede ist. Ein Bericht des Bundeskriminalamts berichtet allerdings von einer sinkenden Zahl von Straftaten durch Zuwanderer. Auch wenn längst nicht alle Fragestellungen untersucht worden sind, zeigen statistische Untersuchungen doch, dass die Kriminalität der Flüchtlinge nicht größer und nicht kleiner ist, als in der restlichen Bevölkerung. Die Süddeutsche Zeitung schreibt in ei-

nem Beitrag vom 28. Dezember 2016: „Antworten auf die Frage, ob es gefährlicher wird in Deutschland, stehen noch aus. Eine Antwort aber, was zu tun ist, die gibt es längst. Sie ist banal. Medien müssen differenziert berichten, auch wenn es kompliziert ist. Bei vielen Großpolitikern würde es schon reichen, wenn sie für ein paar Stunden einfach ruhig wären. Das Entscheidende passiert in den Städten und Dörfern, wo Deutsche und Flüchtlinge neben- und miteinander leben. Dort lässt sich dem Gefühl der Angst am besten begegnen - mit Begegnung. Wer Kontakt zu Fremden sucht und findet, wird Nerviges, aber auch Bereicherndes erleben.“

Alos, nochmal: Wer sind sie?

Sie wohnen hier, sie leben hier, müssen zum Arzt oder zum Einkaufen und vieles mehr. Wir sollten sie also als Mitbürger annehmen, als Nachbarn. Für die Christen unter uns: es sind „unsere Nächsten“. Und sie bedürfen – in

In Sicherheit

*Ich bin in Sicherheit,
aber um mich herum ist alles fremd.
Ich verstehe eure Sprache nicht,
also bleibe ich stumm.
Ein stummes Leben macht mir Angst.
Und stumme Leute machen vielleicht euch Angst.
Zu Hause haben sie mir oft gesagt:
„Du redest zu viel!“
Es wäre schön, das auch von euch zu hören.
Aber dazu muss ich Deutsch
reden können wie ihr.
Allein lernen ist schwer. Wer hilft mir?*

Ein Gedicht von Klaus Bovers

diesem Sinne – unserer Liebe und unserer Hilfe. Mit den Worten des Rektors der Grassauer Grund- und Mittelschule, Johannes Zeitel: „Integration von ausländischen Bürgern und von Asylbewerbern ist eine große Aufgabe der Gegenwart. Dazu ist die Kooperation aller gesellschaftlichen Kräfte wünschenswert und notwendig.“

Was kann die Gemeinde tun, da doch formal die Regierung von Oberbayern zuständig ist? Sie kann Projekte von Bürgern unterstützen, die Flüchtlingen in irgend einer Form helfen, oder selbst Projekte initiieren. Und sie tut das auch tatkräftig. Beispiel Asylothek. Oder das Beispiel „Grassauer Kleiderschrank“ in dem der Verein Integer e.V. seit einem Jahr von Bürgern gespendete Kleidungsstücke an Bedürftige, ob Einheimische oder Flüchtlinge, weitergibt. Dafür, so hat der Marktgemeinderat gerade beschlossen, wird dem Verein vorläufig Raum zur Verfügung gestellt.

Was können wir, die Grassauer, tun? Wir können selbst initiativ werden oder bei einer der laufenden Aktivitäten aktiv mitmachen oder diese zumindest unterstützen.

Vor etwa einem halben Jahr haben sich ein paar Bürger in Grassau zusammen getan und den Verein Integer e.V. gegründet, der mit verschiedenen Projekten bei der Integration der Flüchtlinge helfen will.

Zum Beispiel mit den Deutschlotsen. Deutschlotsen sind Leute, die einmal pro Woche etwa zwei Stunden zur Verfügung stehen, um Flüchtlingen beim Einstieg in die deutsche Sprache zu helfen und ihnen ein wenig Landeskundliches zu vermitteln. Berufserfahrung ist nicht notwendig. Mitmachbereitschaft, Deutsch und gesunder Menschenverstand reichen. Zur Zeit laufen drei dieser Kurse – und alle, Lehrer wie Schüler, so hört man, sind mit Eifer dabei und haben echten Spaß.

Dafür sucht der Verein noch Leute, die mitmachen. Leute, die sich trauen. Aber auch Leute, die einfach durch ihre Mitgliedschaft im Verein die Aktiven „moralisch“ unterstützen, ihnen Mut geben, weiterzumachen, und die Arbeit finanziell unterstützen.

Zur Zeit wird gerade ein Projekt Radlgarage aufgezogen, in der Fahrräder von und mit Flüchtlingen wieder hergerichtet werden sollen. Mit dem Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu vermitteln und sinnvolle Beschäftigung zu bieten. Auch für dieses Projekt sucht der Verein noch Leute, die mit anpacken.

Viele andere Projekt-Ideen sind noch im Entstehen. Viel-



Der Unterrichtsraum der Deutschlotsen in der Grassauer Asylothek.

leicht haben Sie aber auch selbst welche?

Außer dem Verein Integer gibt es noch weitere Hilfsprojekte: So gibt es einen kleinen Helferkreis Grassau. Dieser liefert lebensnotwendige Unterstützung für Familien und Patienten: (Fahrten zum Arzt, Krankenhaus, Therapie...).

Es gibt zwei Lehrer, die in der Gemeinschaftsunterkunft Deutschunterricht für Anfänger geben. Und in der Grund- und Mittelschule gibt es, vom Landratsamt bezahlt, „Deutsch für Ausländer“ (die Schüler bezahlen einen Euro pro Stunde).

Noch einmal: „Integration von ausländischen Bürgern und von Asylbewerbern ist eine große Aufgabe der Gegenwart“. Für Alle.

Holzvergaser:

glückliches Ende einer schier unendlichen Geschichte

Nach Jahren des unfreiwilligen Stillstands beim Holzvergaser auf dem Gelände des Grassauer Heizwerks wurde 2016 endlich eine Lösung gefunden. Der 2011 errichtete Heatpipereformer war nicht lange in Betrieb, denn 2012 meldete der Betreiber Insolvenz an. Über mehrere Jahre zogen sich die Bemühungen hin, die Anlage aus der Insolvenzmasse zu lösen und in dem Gebäude wieder Energie aus erneuerbaren Rohstoffen zu erzeugen. Die ursprüngliche Technik wurde bis auf den Gasmotor abgebaut und durch zwei erprobte Anlagen ersetzt. Von außen sind die Neuerungen nicht zu erkennen. Das 2011

errichtete Gebäude des Holzvergasers steht unverändert nördlich des Heizwerks. Zusammen mit Xaver Schreiner, dem Umweltbeauftragten des Marktes Grassau, machte sich die SPD-Fraktion im Marktgemeinderat ein Bild vom neuen Holzvergaser. Wolfgang Wimmer vom Biomassehof Achenal erläuterte die Technik, die seit Mitte 2016 in Betrieb ist.

Xaver Schreiner bedauerte, dass die fortschrittliche Technik des ersten Holz-



Wolfgang Wimmer vom Biomassehof Achenal erläuterte die Technik des Holzvergasers.

vergasers nicht weiter zum Einsatz kommen konnte. Während dieser mit Hackschnitzeln betrieben werden sollte, arbeiten die nunmehr installierten Anlagen mit Holzpellets und speisen den Gasmotor mit 380 kW Leistung, der als Einziges von der ursprünglichen Anlage erhalten blieb. Für die Firma Burkhardt stelle dies sogar eine technische Neuerung dar, erläuterte Wimmer. Zudem sei die Anlage die einzige der Firma in Südbayern. Das Areal mit Biomassehof und Wärmeversorgung werde deshalb noch attraktiver für Besuchergruppen, die sich über erneuerbare Energien informieren wollen. Grassau bleibe hier nach wie vor Vorbild, betonte Bürgermeister Rudi Jantke.

Besonders erfreulich sei, dass nicht nur elektrischer Strom für bis zu 600 Haushalte aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugt werde, sondern gleichzeitig auch die anfallende Wärme von 600 kW sinnvoll verwertet werden könne, so Wimmer. Das Kommunalunternehmen Wärmeversorgung habe sich mit dem Biomassehof als Betreiber auf die Abnahme der Wärme geeinigt. Wimmer berichtete, dass an einigen Sommertagen die Wärmeversorgung zeitweise allein durch den Holzvergaser gelungen sei. Auf die Nachfrage der Gemeinderäte, ob den Bürgern Nachteile durch eine möglicherweise geringere Vorlauftemperatur entstünden, stellte Wimmer klar, dass dies nicht der Fall sei.

Für einige Aufmerksamkeit hatte die Gasfackel auf dem Dach des Gebäudes gesorgt, wegen der es bereits kurz nach Inbetriebnahme der Anlage zu einem Feuerwehreinsatz gekommen war. Sobald der Motor still steht,

muss das Gas aus Sicherheitsgründen abgefackelt werden. Dies stellt allerdings keinerlei Gefahr dar. Olaf Gruß regte deshalb an, über die Errichtung eines Gasspeichers auf dem Gelände nachzudenken.

G'wissenswurm

Neulich bin ich nach langer Zeit wieder einmal am Achendam spazieren gegangen, gleich hinterm Klärwerk. Ich hab mich gleich gar nicht mehr zurecht gefunden, so anders schaut da die Landschaft aus. Ob ihr es glaubt oder nicht – das Wasserwirtschaftsamt ist dort tätig geworden. Tätig! Ich hab gleich zweimal hinschauen müssen. Das Ufer von der Tiroler Ache haben sie komplett abasiert, und wo einmal die Kiesbank war, ist – nichts. Mei, die Bäume, die wachsen schon wieder nach. Wahrscheinlich schneller, wie man schauen kann. Gibt ja rechts und links noch genug. Aber um die Kiesbank is schon schad. Oft haben wir da gegrillt. Schöne Nachmittage und Abende waren des... Ach ja.



Aber Moment – das Wasserwirtschaftsamt ist ja eine öffentliche Behörde. Hat die nicht die Öffentlichkeit über so eine große Maßnahme informiert? Im Rathaus müssten des doch wissen. Da hab ich gleich einmal nachgefragt, und weil das Rathaus auch nicht informiert worden ist, hat der Sachbearbeiter beim Wasserwirt-



Das „rasierte“ Achenufer: ein Kanal?

schaftsamt nachgefragt. Am Ende haben wir dann doch eine Auskunft erhalten: Weil es sich um „Gewässerunterhaltungsmaßnahmen an Gewässern I. Ordnung“ handelt, werden keine Beitragsbeiträge erhoben. Mit anderen Worten: Grassau muss sich nicht an den Kosten beteiligen, wird aber auch nicht an den Informationen beteiligt.

Das Vorgehen des Wasserwirtschaftsamts mag ja korrekt sein. Sogar die Pressemitteilung hab ich dann im Nachhinein gefunden: Ein Fünfteiler in der Tageszeitung, in dem von Baumfällarbeiten zwischen Moosen (Übersee) und Ettenhausen (Schlechting) die Rede ist. Schön wärs aber schon, wenn das Wasserwirtschaftsamt nicht nur den Hochwasserabfluss frei hält, sondern auch den Informationsfluss.

Ich wüsste zum Beispiel gern, wie die „ökologische Gestaltung“ der Uferbereiche ausschauen soll, die das Wasserwirtschaftsamt für dieses Jahr plant.

Und wenns nur dafür gut ist, dass es mich das nächste Mal nicht so reißt, bloß weil ich einmal am Achendamm spazieren geh.

Wie hältst du's mit der Religion?

Die Gretchenfrage der AfD

Ist die AfD eine „normale“ Partei wie viele andere in der Bundesrepublik auch? Zweifelsohne versucht sie so aufzutreten. Und es ist auch nicht zu leugnen, dass manche Forderungen der AfD, die sich am äußersten Rande der Verfassung bewegen, so auch schon von anderen Parteien gestellt worden sind, auch von Parteien mit längerer demokratischer Tradition und einem „C“ im Namen.

Da ist es doch interessant, einmal einen Blick auf Programm und Partner der AfD zu werfen.

Die Identitäre Bewegung gehört zu den Organisationen, zu denen die AfD offenbar gute Kontakte pflegt – dem Vernehmen nach waren wenigstens einige der Ordner, die beim Auftritt von Frauke Petri in Grassau eingesetzt wurden, Teil ebendieser Identitären Bewegung. Auf der

Compact-Konferenz in Berlin sprechen gerne AfD-Landesvorsitzende neben dem Chef der Identitären Bewegung Österreich. Dass deren Mitglieder von einer geschlossenen „europäischen Kultur“ ausgehen, die sie bedroht sehen, passt ja ganz gut zur AfD. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat übrigens festgestellt, dass es in der Identitären Bewegung Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die demokratische Grundordnung sieht.

Pegida ist die andere große Gruppierung, an die sich die AfD drangehängt hat. Auch hier spielt „Europa“ scheinbar eine große Rolle, und Religion ebenso. Interessant, dass Pegida Religion thematisiert, wo die Bewegung doch ihren Ursprung in einer der Regionen Deutschlands hat, in der Religion seit Jahrzehnten nur mehr eine untergeordnete Rolle spielt. Mit anderen Worten: Obwohl die Namensgebung dies nahelegt, ist Pegida sicher nicht christlich geprägt.

In dieser Gemengelage möchte die AfD nun Hand an die Religionsfreiheit legen. Im Punkt 7.6 des im Sommer 2016 beschlossenen Parteiprogramms fordert die AfD die Einschränkung der Religionsfreiheit – ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger. Dass das Grundgesetz die Religionsfreiheit uneingeschränkt garantiert, ist nach wie vor eine enorme Errungenschaft. Ein Blick über die Grenzen der EU zeigt, wie schnell ebendiese Freiheit schmerzlich vermisst wird.

Man braucht nur ein Zipfelchen des bürgerlichen Rocks lüften, den die AfD trägt, und darunter kommen verfassungsfeindliche Tendenzen zum Vorschein. Dass die Argumente dafür manchmal sogar an den Haaren herbeigezogen werden müssen, treibt mitunter absurde Blüten: Nirgendwo in Deutschland ruft der Muezzin, nur auf dem Münchner Marienplatz: Die dortige Pegida lässt ihn erschallen.

Wer den Muezzin, den es nicht gibt, verbieten will, will aber auch den Nonnen ihr Habit verbieten. So weit wollen wir es nicht kommen lassen. Von welcher Seite man es also angeht, Bündnispartner oder Programm: die AfD ist mitnichten eine „normale“ Partei. Für sie scheinen die Werte unserer Verfassung nicht immer ein gültiger Maßstab zu sein.

Ceta und kein Ende

Ende Oktober ist nun vom kanadischen Premierminister Justin Trudeau und den Spitzen der EU das Abkommen unterschrieben worden. Der Streit über den Freihandel fand einen Abschluss, der aber doch nur ein vorläufiger ist.

Mit mehr als 1.500 Seiten greift es tief in die Wirt-

schafts- und Sozialpolitik ein. Die zwölf Seiten starke, nachträglich eingefügte Auslegungserklärung erscheint demgegenüber als demokratisches Feigenblatt, die das Misstrauen der Belgier und vieler anderer EU-Staaten dokumentiert. Zudem sieht das Abkommen weiterhin eine eigene Gerichtsbarkeit für private Investoren vor. Kritiker sehen darin eine Paralleljustiz, die den Rechtsstaat aushebelt. Auf Druck Belgiens soll diese Frage nun vom höchsten EU-Gericht in Luxemburg geklärt werden.



Und „durch“ ist das Abkommen noch lange nicht. So haben die Wallonen bereits erklärt, dass sie Ceta in der vorliegenden Form, mit einem Investor-Schiedsgericht, nicht zustimmen werden.

Da der Freihandelsvertrag als „gemischtes Abkommen“ gilt, sind in den EU-Mitgliedstaaten die Parlamente eingebunden, also in Deutschland Bundestag und Bundesrat. Nach Artikel 59 des Grundgesetzes muss für das völkerrechtliche Ceta-Abkommen ein nationales Vertragsgesetz auf den Weg gebracht werden. Das wird strittig werden, da zum Beispiel die Berliner Landesregierung sich bereits festgelegt hat. Im Koalitionsvertrag haben SPD, Linke und Grüne ihr Nein zu Ceta festgelegt. Es bleibt also noch lange unsicher, ob und wann das Abkommen jemals in Kraft treten kann oder wird.

Eine Geschichte ohne Ende I

Kein Wille zum Zusammenschluss bei den Landräten Chiemgauverband – Chiemsee-Alpenland-Verband

Die Urlauber aus ganz Deutschland und aus vielen Ländern Europas, Amerikas und Asiens haben schon bislang nicht gemerkt, dass eine Grenze durch den Chiemsee verläuft, nur die Touristikverbände der Landkreise Rosenheim und Traunstein halten daran fest. Aber auch sie wissen, dass eine solche Trennung nicht mehr in die heutige Zeit passt, genau wie die meisten Bürgermeister und ihre Gemeinden in den betroffenen Regionen. Nur die beiden Landräte der betroffenen Landkreise, beide aus der gleichen Partei, zeigen sich unfähig zur intensiven gleichberechtigten Zusammenarbeit im Tourismus.

Bis zu den letzten Kommunalwahlen hoffte man, dass nach der Wahl neuer Landräte der Zusammenschluss der beiden Verbände nun bevor steht. Doch auch bei den neuen Amtsträgern scheint das Projekt eines gemeinsamen Tourismusverbandes wohl weiterhin an persönlichen Animositäten zu scheitern.

Da nichts vorangeht und sich die Grenze zwischen den Verbänden eher verfestigt, haben sich 19 Gemeinden rund um den Chiemsee entschlossen, die so bewährte



Zusammenarbeit aus der Vergangenheit über die Landkreisgrenze wieder aufleben zu lassen. Das kann aber nur eine Notlösung sein, so lange sich die Landräte und damit auch die Kreistage nicht einigen können.

Die Bürger der beiden Landkreise, alle im Tourismus Tätigen sowie unsere Gäste haben Anspruch auf baldige Entscheidungen zur vertieften Zusammenarbeit beider Verbände zur Entwicklung eines zukunftssträchtigen Tourismus als wichtigem Wirtschaftszweig und wichtigem Arbeitgeber. Dies darf nicht an persönlichen Streitigkeiten und Animositäten zweier Landräte scheitern.

Markus oder „Ich bin schon da!“

Man kommt fast nicht um ihn herum. Den Markus. Zeitung, Radio Fernsehen, immer wieder sieht man ihn, hört man ihn. Da spricht er dann von seinen Plänen, und groß sind diese.

Das Internet ist eines seiner Lieblingsthemen. So sein Plan, die Münchner Straßenbahnen mit freien WLAN auszustatten. Die Kosten für die Einrichtung, knapp eine Millionen Euro, zahle der Freistaat. Die monatlichen Kosten, die Stadtwerke München. Diese halten sich vorerst noch zurück, man wisse nicht, ob es aus finanzieller Sicht sinnvoll für sie sei. Aber diese Nebensächlichkeit hat für den Markus wenig Bedeutung. Es scheint, so funktioniert die Welt für ihn.

Ein anderes Beispiel, die Skischaukel am Riedberger Horn, zeigt, wie er sich die Welt zurecht biegt. Er will Schutzzonen ausweisen, um so die massiven Eingriffe in die Natur zu kompensieren. 304 Hektar sollen es sein. Eine große Fläche, kein Zweifel. Eine Schutzzone der Kategorie C des Alpenplans soll es sein. Wenn es nicht einen kleinen Haken gäbe. Die Fläche steht nämlich bereits unter Naturschutz, es darf nicht gebaut werden, nichts darf gemacht werden, was die Natur schädigen könnte. Großartig. Der Markus aber verkauft es als großen Gewinn, sogar für den Naturschutz.

Er spricht halt gerne. Er gibt Versprechungen, er mache Bayern groß. Zum Beispiel bei einem Pressetermin in Garmisch-Partenkirchen. Er eröffnete eine Außenstelle der Schlösserverwaltung. Ein Meilenstein, so der Markus, bis zu zwanzig Mitarbeiter werden hier arbeiten. Die Monatsmiete für die 250 qm große Außenstelle belaufe sich auf 3250 Euro. Im März soll der Startschuss gewesen sein. Großartig! Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung jedoch arbeitete im Oktober noch kein einziger Mitarbeiter in Garmisch. Keiner! Eine Telefonnummer ist nicht auffindbar. Ist das nicht großartig? Das wären sieben Monate ohne Betrieb, macht doch nur 22750 Euro Miete, finanziert aus Steuergeldern.

Hauptsache der Markus hatte einen schönen Pressetermin und viele Fotos von sich. Na? Genau, Großartig!

Der Markus liebt seine Pressetermine. Wo er nicht überall ist. In Hinterdupfing wird ein WLAN Hotspot eröffnet, der Markus ist da. Aber der Markus verkauft auch gerne Dinge. Die Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft GBW zum Beispiel, an einen Investor, den der bisher nicht gerade für Gemeinnützigkeit bekannt ist. Egal, vergessen.

Gäbe es demnächst ein Benefiz-Bratwürschtle-Grillen zugunsten heimatloser Stockenten am Chiemsee, täte es nicht verwundern, wenn der Markus mal kurz vorbeischauen würde – auf ein Pressefoto.

Großartig! Oder?

Arbeiten 4.0

Wie sieht die Arbeitswelt in der Zukunft aus?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die SPD-Bundestagsfraktion intensiv und hat deshalb seit April 2015 an einem Dialogprozess, angestoßen von der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, mitgewirkt. Ende November 2016 wurde nun das Ergebnis dieses Dialogs, an dem auch Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen beteiligt waren, in einem Weißbuch (erhältlich unter www.arbeitenviernull.de/) vorgestellt.

Wir brauchen Antworten beispielsweise darauf, wie die fortschreitende Digitalisierung sich auf die Arbeit der Zukunft auswirkt. Sammlung und Nutzung von Daten werden immer bedeutsamer. Wie kann dabei der berechnete Anspruch der Beschäftigten auf Datenschutz sichergestellt werden? Wie flexibel wird die Arbeitswelt werden?

Das im Weißbuch skizzierte Leitbild „Gute Arbeit im digitalen Wandel“ fordert eine sozial ausgewogene neue Arbeitswelt, die Sicherheit und Flexibilität bietet. Leistungsgerechte Einkommen und soziale Sicherheit in allen Branchen bleiben dabei elementare Kriterien für *Gute Arbeit*. Die Integration aller Bürger in Gute Arbeit ist das zentrale Ziel. Als Lösungsansätze für die Umbrüche der Arbeitswelt 4.0 sieht das Weißbuch u.a.:

- Stärkung von Qualifikationen und die Verbesserung von Aufstiegsperspektiven.
- Einführung eines Wahlarbeitsgesetzes, das mehr Wahloptionen für Beschäftigte in Bezug auf Arbeitszeit und -ort kombiniert.
- Einführung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrags für das Sozialwesen, um dessen wachsender Bedeutung gerecht zu werden.
- Ausbau des Arbeitsschutzes mit besserer Würdigung psychischer Beanspruchungen.
- Verbesserung des Beschäftigtendatenschutzes.
- Stärkung der sozialpartnerschaftlichen und betrieblichen Aushandlungsprozesse.
- Selbstständige grundsätzlich ebenso wie abhängig Beschäftigte in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Der letzte Punkt spiegelt sich bereits im Konzept „Alterssicherung 2030+“ von Andrea Nahles konkret wieder. Es sieht vor, Vorsorgelücken bei den Selbstständigen zu schließen: Diese sollen in die gesetzliche Rentenversicherung miteinbezogen werden.



Dr. Bärbel Kofler, MdB, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung und hiesige Bundestagsabgeordnete

Eine Geschichte ohne Ende II

der Radweg von Grassau zum Chiemsee

Seit dem Ausbau der Kreisstraße zwischen Grassau und Übersee sowie dem straßenbegleitenden kombinierten Geh- und Radweg von Grassau nach Mietenkam führt auch ein Radweg ein kleines Stück aus Mietenkam nach Norden dem Chiemsee entgegen. Dann kommt die Gemeindegrenze zu Übersee und der Weg endet im Nichts. Mit der Einfahrt in die Fahrspuren der Kreisstraße beginnt schon die zunehmende Verkehrsgefährdung der Radfahrer.

Schon seit 30 Jahren besteht die Hoffnung und der Wille, den Radweg zu verlängern, um die Verkehrssicherheit für die Radler auf dem Weg zum Chiemsee zu erhöhen. Auch die Gelder aus dem Kreishaushalt standen über Jahre schon dafür bereit.

Aber alle Versuche scheitern immer wieder an den Grundstückseigentümern und den erfolglosen Verhandlungen der Gemeinde Übersee. Bei jedem neuen Bürgermeister in Übersee keimte die Hoffnung auf, dass

nun eine Lösung naht. Aber schon nach wenigen Monaten zeigte sich wieder, dass der Radlweg zum Chiemsee weiterhin ein Traum bleiben wird.

Vor nun bald 20 Jahren diskutierte die Grassauer SPD bei ihrem Aschermittwoch mit den Mietenkamern über Lösungen bei der Ortsdurchfahrt und erkundete diese auch bei einem Ortstermin. Leider ergab sich auch bei der Mietenkamer Ortssanierung keine Lösung für die Ortsdurchfahrt. Zumindest wurde hier aber der motorisierte Verkehr durch die Ampel und die Geschwindigkeitsmessgeräte am Ortseingang etwas abgebremst.

Was nützt es auch, wenn am Ortsende der Radlweg immer noch nicht weiter geht. Müssen wir noch weitere 30 Jahre warten, bis der Radlweg zum Chiemsee die erforderliche Sicherheit für die Gäste und die einheimischen Familien im Straßenverkehr bietet?



Postbote Jacques Tati auf dem Weg zum Schützenfest - leider nicht von Grassau zum Chiemsee.

(Aufnahme aus dem französischen Film „Tatis Schützenfest“ von 1947)

Gewinnabschöpfung des Freistaates zu Lasten der Gemeinden

2009 fasste der Marktgemeinderat den vorausschauenden Beschluss, ein Grundstück in Rottau nördlich der Bundesstraße zwischen Gedererweg und Mühlenweg zu erwerben. Neben einer Infostelle für Radl- und Autofahrer waren ursprünglich auch die Öffnung des Saliterbachs angedacht, oder die Pflanzung eines Gewürzgartens und von Obstbäumen in Zusammenarbeit mit dem Rottauer Gartenbauverein.

Beim Verkauf des Grundstückes wurde ein Bauverbot auf diesem Grundstück verlangt und ein entsprechend günstiger Grundstückspreis von 25.000 Euro festgelegt.

Nachdem die Rottauer Feuerwehr zunehmend über Raumprobleme klagte, rückte dieses Grundstück als möglicher Standort für ein neues Feuerwehrgebäude in den Mittelpunkt der Diskussion. Dafür wurde die ursprüngliche Idee völlig aufgegeben. Der Standort hat eine entsprechende Größe und liegt für die Aufgaben der Feuerwehr verkehrsmäßig optimal in der Mitte von Rottau, noch dazu an der Hauptverkehrsstraße. Die Löschung des Bauverbots ließ sich die Grundstücksverwertungsgesellschaft der Bayerischen Staatsregierung teuer bezahlen, mit einer Nachzahlung von 55.000 Euro. Der Verkäufer ließ nicht mit sich handeln. Dabei ist offensichtlich, dass hier der Markt Grassau keinerlei Gewinnabsichten verfolgt. Es entsteht kein privates Wohnhaus, dessen Verkaufsgewinn die Nachzahlung rechtfertigen würde. Im Gegenteil: Der Markt Grassau wird zusätzlich viel Geld in die Hand nehmen, um aus eigenen Mitteln für die Sicherheit seiner

Bürger ein Feuerwehrhaus zu errichten. Diese Haltung des Freistaats Bayern ist unverständlich. Auch ein direktes Anschreiben an den Bayerischen Finanzminister Söder blieb erfolglos.

Ziel der Verwertung dieses ehemaligen Forstgrundstücks war es wie bei allen anderen Grundstücken des Freistaates, einen möglichst hohen Gewinn zu machen. Soziale Aufgaben der Gemeinde interessieren dabei überhaupt nicht. Das zeigte sich auch bei den Lösungsmöglichkeiten für die Parkplätze: Nur durch den Gedererweg getrennt gibt es ein weiteres kleines Grundstück mit 484 qm. Für eine Bebauung ist es zu klein, aber als Parkplatz groß genug. Der Preis war aber wieder nicht sozial angepasst, er entsprach dem typischen Baulandpreis.

Auch wenn sich der Marktgemeinderat trotz Bauchschmerzen einhellig zum Kauf beider Grundstücke entschloss, bleibt eine Frage: warum der Staat beim Verkauf seiner Grundstücke bei der Preisgestaltung keine Rücksicht auf die zukünftige Nutzung z.B. für die Sicherheit der Bevölkerung nimmt. Hier sollte der Freistaat Bayern die Gemeinden bei der Erfüllung der wichtigen Aufgaben der Grundversorgung und des Schutzes nicht nur



Tobias Gasteiger und Alice Gruß vor dem SPD-Schaukasten

Interview

mit Alice Gruß und Tobias Gasteiger.

LdA (Links der Ache): Seit wann seid Ihr im SPD-Ortsverein aktiv?

Alice: Im Ortsverein bin ich aktiv seit meinem Beitritt zur SPD im Jahre 1972. Vorher war ich schon etwa ein Jahr in der damaligen Juso-AG aktiv. Auch später war noch lange die Arbeit bei den Jusos für mich vorrangig. In all den Jahren war ich lange auch im Vorstand aktiv mal als 3. Vorsitzende, als Kassierin oder als Schriftführerin. Einige Zeit war ich auch als Vertreterin von Links der Ache im erweiterten Vorstand. Ab dem Jahr 2001 war ich dann nur noch „normales“ Ortsvereins-Mitglied

ohne weitere Ämter, abgesehen von Delegierten-Mandaten, weil mich die Doppelbelastung Beruf und Ortsvereins-Arbeit zu sehr beanspruchte.

Tobias: Seit August 2015.

LdA: Warum seid ihr im SPD-Ortsverein?

Alice: Ich finde, der Ortsverein Grassau zeichnet sich aus durch viele freundschaftliche Beziehungen innerhalb von Teilen der Mitgliedschaft. So war es auch in politisch eher schwierigen Zeiten nie ein Problem, die Arbeit vor Ort fortzuführen, weil es einfach Spaß machte, mit den anderen zusammen zu arbeiten.

Tobias: Ich bin Mitglied geworden, um das Geschehen in unserer Marktgemeinde mitgestalten zu können und hier politisch aktiv zu werden. Die SPD Grassau ist in der Kommunalpolitik neben den

anderen politischen Parteien und Gruppierungen stets bemüht, auch die Interessen des einzelnen Bürgers in den Gremien zu vertreten. Fairness und Gleichbehandlung sind mir besonders wichtig.

LdA: Was gefällt euch im Ort, in den Ortsteilen besonders?

Tobias: Grassau zeichnet sich durch seine Vielfalt aus. Die vielen Vereine und deren Zusammenhalt, die Menschen, die unseren Ort prägen, die Vielzahl an Einkaufsgeschäften, verschiedenste Veranstaltungen im Ort und die Auswahl an Sportmöglichkeiten für Jedermann. Auch das dörflich geprägte Rottau und Mietenkam mit seinem neuem Dorfplatz prägen meine Heimat. Hier kann man sich als Familie richtig wohlfühlen.

Alice: Grassau ist ein lebendiger Ort. Der Zusammenhalt durch die und in den Vereinen ist besonders hervorzuheben und zeigt sich vorbildlich in den traditionellen Veranstaltungen, wie Michaeli- und Georgimarkt, Advent im Hefterstadl sowie auch in der Langen Nacht. Die Ortssanierungen in Grassau und besonders in Mietenkam zeigen, dass unser Ort mit seinen Gemeindeteilen etwas ganz besonderes ist und dass gemeinsam viel erreicht werden kann.

LdA: Welche Erinnerungen verbindet ihr besonders mit dem SPD-Ortsverein?

Alice: Lange Diskussionsabende beim damaligen

Vorsitzenden Hartmut Buchner in den 80-ern. Wahlpartys bei Buchners und Schreiners, als man sich über Wahlergebnisse noch richtig freuen konnte. Viele schöne gemeinsame Ausflüge z.B. nach Tscherns und Raschau, nach Krummau, zum Gardasee und nach Berlin.

Tobias: Ich bin zwar noch nicht so lange dabei, aber besonders erinnere ich mich an die Geburt unserer Tochter Isabella, die ein paar Stunden nach der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins im Jahr 2015 zur Welt kam. Ebenso erinnere ich mich gerne an die vielen guten Gespräche bei den zahlreichen Terminen und die Möglichkeit, von Anfang an mitsprechen sowie mitplanen zu dürfen.

LdA: Was wünscht ihr dem SPD-Ortsverein für die Zukunft?

Tobias: Dass der Ortsverein weiterhin die Zukunft der Marktgemeinde Grassau mitgestalten darf und dass die SPD auch künftig im Marktgemeinderat stark vertreten ist.

Alice: Ich wünsche dem Ortsverein: ...Dass die politische Arbeit im Gemeinderat weiterhin so positiv fortgeführt werden kann. ...Dass es einen reibungslosen Übergang beim Generationenwechsel im Vorstand und in der Gemeinderatsfraktion geben möge. ...Dass möglichst bald noch mehr junge aktive Mitglieder gewonnen werden können.

Rätsel



Frage: Zwischen Grassau und Staudach fließt die Tiroler Achen, eine Brücke verbindet beide Orte. Die Frage ist nun: Wo verläuft die Grenze?
Links, also westlich der Achen.
Oder Rechts, also östlich der Achen
Oder gar in der Flussmitte?
Oder ganz anders?
Was meinen Sie?

Wussten Sie schon,

dass der effektive Schuldenstand der Marktgemeinde Grassau zum Jahresende auf unter eine Million Euro gesunken ist?

Zum Jahresende beliefen sich die Schulden auf	3.355.000 Euro
die Rücklagen betrugen	2.542.252 Euro
das ergibt nach Abzug der Rücklagen eine Verschuldung von	812.748 Euro
also eine Verschuldung von nur 120 € pro Kopf der Bevölkerung.	

Des Rätsels Lösung:

Wenn Sie die Lösungen zum Rätsels gefunden haben, dann schicken Sie diese bitte ausgefüllt mit Ihren Absenderangaben an uns. Einsendeschluss ist Donnerstag, der 27.1.2017, 18 Uhr. Die ersten 10 Einsender der richtigen Lösung erhalten einen schönen Preis.

Antwort:

Sie möchten nicht nur zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Julian Denk, Tel. 0176 52542305 oder an ein SPD-Mitglied, das Sie persönlich kennen, oder schriftlich an den SPD-Ortsverein Grassau:

- ☐ Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau.
- ☐ Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt bekommen.
- ☐ Ich möchte Mitglied der SPD werden.

Absender:

.....
Vorname, Name, ggf. Telefon, E-Mail Adresse

.....
Straße, Ort

An

SPD - Ortsverein Grassau
Julian Denk
Bahnhofstraße 14
83224 Grassau

